

**Rede  
der Fraktionssprecherin für Jugendpolitik**

**Immacolata Glosemeyer, MdL**

zu TOP Nr. 4

Erste Beratung  
**Gesetz zur Absenkung des Wahlalters für die  
Landtagswahl**

während der Plenarsitzung vom 20.01.2016  
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, das kündigte schon Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung an.

Dort ging es unter anderem um die Möglichkeit der früheren Übernahme politischer Verantwortung bei Wahlen.

Auch wir wollen mit unserem eingebrachten Gesetzesentwurf zur Herabsenkung des Wahlalters auf 16 bei Landtagswahlen mehr Demokratie wagen.

„Junge Leute interessieren sich doch sowieso nicht für Politik“, „woher sollen sie denn wissen, wen sie wählen sollen“...

Diese und einige andere Phrasen hört man immer wieder, und das leider nicht nur, wenn es um die Diskussion zur Beteiligung Jugendlicher an Wahlen ab 16 geht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das wirklich so?

Ich nehme junge Menschen ganz anders wahr. Offen, diskussionsfähig und präsent - wenn es um ihre Belange geht.

Denken sie doch bitte mal zurück an die Schuldebatte – da konnten wir sehen, wie viele Jugendliche ihrem Anliegen eine Stimme gegeben haben.

Oder als Pegida und diverse Ableger in den Städten demonstrierte - dort haben sich viele tausende Jugendliche dagegen gestellt und Gesicht gezeigt!

Und wer sich auf Facebook bewegt, sieht, wie viele junge Menschen sich zum Thema Flüchtlinge, Europa und Soziale Gerechtigkeit äußern.

Ebenso engagieren sich viele junge Menschen in Sportvereinen und anderen ehrenamtlichen Bereichen, wo sie schon sehr früh erfahren, was Gemeinwohl und demokratische Prinzipien bedeuten.

Das sieht für mich nicht nach politischem Desinteresse aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit 16 Jahren hat man bereits Politikunterricht in der Schule – Schülerinnen und Schüler lernen parlamentarische Demokratieprozesse kennen.

Wir sollten ihnen ermöglichen, dieses unglaublich wichtige Gut „Demokratie“ mitzugestalten, denn nur so signalisieren wir:

„Wir nehmen euch ernst und trauen euch zu, Verantwortung zu übernehmen.“

Denn es ist bei weitem nicht so, dass Jugendliche erst mit 18 Jahren Verantwortung für ihre Zukunft tragen.

Sondern einige stehen bereits an der Schwelle zur Arbeitswelt oder sind auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Andere hingegen werden noch einige Jahre die Schule besuchen und sich dann für einen Studienplatz entscheiden.

Die Wahl des Berufes ist für mich eine sehr weitreichende Zukunftsentscheidung, die Jugendliche bereits vor dem 16. Lebensjahr für sich treffen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben allein in dieser Legislaturperiode mehrere zentrale Jugendthemen beraten und verabschiedet.

1. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft
2. Wir haben das G 8 abgeschafft
3. Wir haben den Landesjugendhilfeausschuss wieder eingerichtet
4. Die Kinderkommission wird eingerichtet
5. Und wir werden die Landeszentrale für politische Bildung einrichten.

Zu einer vielschichtigen Partizipation junger Menschen zählt, ihnen die Möglichkeit zu geben, die eigene Zukunft mitzugestalten.

Wir machen hier die Politik, die die jungen Menschen zukünftig direkt betrifft - dabei geht es zum Beispiel um Staatsschulden, den Schutz unserer Umwelt oder die Bildung für sich oder später die eigenen Kinder.

All diese Entscheidungen betreffen die Jugendlichen unmittelbar.

Und deshalb sollten sie auch mitentscheiden können!

Das sehen im Übrigen die Vertreter der jungen Menschen in Niedersachsen genauso:

Neben den parteilichen Jugendorganisationen - übrigens auch die „Jungen Liberalen“ - setzen sich der Landesschülerrat, die Niedersächsische Landjugend, die Türkische Jugend, sowie die SoVD-Jugend und auch der Landesjugendring als Dachverband und Sprecher vieler junger Menschen aktiv für das Wählen mit 16 ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mir ist klar: Das Wahlalter zu senken ist ein großer Schritt, und der funktioniert nicht einfach so losgelöst von weiteren Maßnahmen.

Ein wichtiger Akteur in diesem Zusammenhang wird zukünftig die Landeszentrale für politische Bildung sein.

Mit der Wiedereinrichtung der Landeszentrale, die Rot-Grün im letzten Jahr beschlossen hat, wird die schwerwiegende Fehlentscheidung der schwarz-gelben Regierung von 2004 von uns wieder rückgängig gemacht. Der Grundstein für eine politische Anlaufstelle ist gelegt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Landeszentrale wird es sein, in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendverbänden unparteiische, politische Informationen an die Multiplikatoren zu geben und die jungen Menschen bei der Meinungsbildung zu unterstützen.

Ebenso tragen Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung so wie viele Aktionen des Landesjugendrings, wie beispielsweise die U18 Wahl, zur Bildung und Partizipation der Jugendlichen bei.

Und auch wir bringen den Jugendlichen zum Beispiel mit dem „Zukunftstag“ Politik ein ganzes Stück näher.

Jedes Jahr sind es allein in unserer Fraktion knapp 100 Schülerinnen und Schüler, die Politik hautnah miterleben können.

Wir sollten uns damit beschäftigen, wie wir eine gesellschaftliche Entwicklung der Politikverdrossenheit umkehren können, denn sie ist kein junges, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Wenn man die Wahlbeteiligung von 16-Jährigen bei Kommunalwahlen betrachtet, stellt man fest, dass sie genauso hoch oder niedrig ist wie die der 35- bis 42-Jährigen.

Wir sollten uns also lieber die Frage stellen, warum das so ist - liegt es vielleicht auch an unserer Politik, liebe Politikerinnen und Politiker?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

besonders die jungen Leute kritisieren, dass sich die etablierten Parteien einigeln, dass sie ihre Themen nicht transportieren. Sie nehmen Parteien als in sich geschlossene Systeme wahr, die sie nicht von außen beeinflussen können.

Sie wünschen sich mehr Transparenz und direkte Einflussmöglichkeiten.

Mit dieser Kritik stehen sie nicht alleine da, denn wir erleben es leider, wie eingangs gesagt, dass beinahe jeder zweite Wahlberechtigte Niedersachse nicht wählen geht.

Wer da immer nur auf die Jugendlichen schaut und meint, sie hätten kein politisches Interesse, der macht den Fehler zu übersehen, dass es ein mehrschichtiges Problem ist.

Das zu ändern, wird auch weiterhin eine zentrale Aufgabe für alle demokratischen Parteien sein.

Dieser müssen wir uns unabhängig von der Diskussion um das Wahlalter alle stellen. Wir müssen die Menschen – und damit meine ich alle - dort abholen, wo sie stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU Fraktion,

ich möchte auch noch kurz auf eines Ihrer Argumente eingehen: Dass das Wahlalter an die Volljährigkeit gekoppelt sein muss, da man erst mit Volljährigkeit voll geschäftsfähig ist und erst dann Verträge geschlossen werden können.

Eine Wahl ist eben kein Vertrag, sondern man wählt seine Interessenvertretung.

Liebe CDU, vielleicht ist das ja in Ihrer Welt so, dass man mit der ersten Wahl eine Art Vertrag schließt, um auf Lebenszeit die CDU wählen zu müssen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass man seine Stimme nach eigenen Prioritäten abgibt und dass sich die Menschen auch bei der nächsten Wahl mal anders entscheiden können.

Und genau das trauen wir Jugendlichen durchaus auch schon mit 16 zu!

Mit dieser Ansicht stehen wir nicht allein, andere Länder haben den Schritt bereits gewagt.

Neben Bremen und Hamburg sind auch Brandenburg und Schleswig-Holstein nachgezogen.

Und das aus gutem Grund:

Demokratie braucht frühe Teilhabe an Politik.

Herr Thümler, Sie sagten gegenüber der Presse, dass es sich hier um eine reine Showveranstaltung handelt.

Das zeigt mir, dass Sie die Belange der Jugendlichen nicht ernst nehmen.

Sollte es nicht so sein, dass man eine ernsthafte Debatte führt und sich auch Argumenten und Stellungnahmen gegenüber öffnet?

Diese Hoffnung hatte ich zumindest.

Und ich glaube, das erwarten auch die Jugendlichen von uns.

Die FDP bitte ich: Nehmen Sie sich die Zeit für die Beratung, vielleicht auch bis zu Ihrem Parteitag, an dem Ihre Jugendorganisation Sie hoffentlich überzeugen kann, bevor Sie sich entscheiden.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.